

ZUR LAGE IN UNGARN.

BERICHT UNSERES VERTRAUENSMANNES IN UNGARN.

BUDAPEST, 31. 10. 1938.

Die innenpolitische Lage in Ungarn entwickelt sich in den letzten Wochen gewissermassen im umgekehrten Verhältnis zur Aussenpolitik. Während die ungarische Aussenpolitik nur sehr langsam in der Durchsetzung ihrer territorialen Forderungen in der Slowakei weiterkommt und sogar erhebliche Rückschläge zu verzeichnen sind (siehe Karpathenukraine) entwickelt sich die Innenpolitik in einem überraschend schnellen Tempo. Diese beiden verschiedenartigen Entwicklungen hängen natürlich miteinander zusammen. Denn die allgemeine Enttäuschung in der Bevölkerung darüber, dass Ungarn als einziger Staat noch immer nicht seine territorialen Forderungen in der Tschecho-Slowakei durchsetzen konnte, hat zu einer beträchtlichen Verschärfung der Opposition gegen die Regierung geführt. Diese Enttäuschung ist natürlich am stärksten in den national eingestellten Rechtskreisen. Sie werfen der Regierung vor, dass sie nicht rechtzeitige Vorkehrungen getroffen habe, um so wie Deutschland und Polen ihren Forderungen Prag gegenüber Nachdruck verleihen zu können. Darüber hinaus verweist die Rechtsopposition darauf, dass sie ja schon immer für eine stärkere Aufrüstung eingetreten sei und dass sie die durch jüdischen Einfluss immer wieder erfolgte Verzögerung der Wehrhaftmachung Ungarns schon immer schärfstens kritisiert habe und dass sie dafür auch das ganze System, sowohl den Parlamentarismus, als auch die unmöglichen sozialen Verhältnisse im ungarischen Feudalstaat verantwortlich gemacht habe. Da sich nun die Berechtigung ihrer Kritik erweise, fordere sie nun erst recht Beseitigung des herrschenden Systems und natürlich zunächst vor allem den Rücktritt der Regierung. Diesen tieferen Zusammenhang muß man sich vor Augen halten, wenn man die Entwicklung in den kommenden Wochen und Monaten richtig beurteilen will. Dieser wie oben begründeten Forderung der Rechtsopposition auf Rücktritt der Regierung sucht nun Ministerpräsident Imredy dadurch zu begegnen, dass er alle Vorkehrungen trifft, um sich, nötigenfalls mit Mitteln der Gewalt an der Macht zu halten. Es muß dabei ausdrücklich betont werden, dass diese Bestrebungen Imredys vollkommen vom Reichsverweser Horthy gebilligt und gedeckt werden. Vor einigen Tagen hat Imredy vor dreißig Abgeordneten seiner Partei, das heißt der Nationalen Einheitspartei, in großen Zügen seinen Plan entwickelt. Darnach sollen zwei nur kurze aber dafür umso inhaltreichere Gesetze erlassen werden. Das erste dieser beiden Gesetze soll ein Ermächtigungsgesetz sein, das der Regierung die Möglichkeit gibt, etwa für die Dauer eines Jahres ohne das Parlament, nur mit Verordnungen zu regieren. Das zweite Gesetz soll die Verkündung des Ausnahmezustandes während dieser Zeit enthalten. Der äußere Anlaß hierzu soll die Besetzung des magyarischen Siedlungsgebietes in der Slowakei sein. Während der Dauer des Ausnahmezustandes soll der Reichsverweser die oberste Heeresleitung in der Hand haben. Ob die Regierung als solche weiter formell im Amt bleibt, konnte noch nicht mit Sicherheit in Erfahrung gebracht werden. Imredys Plan geht dahin, die ausführende Gewalt praktisch einem dreigliedrigen Direktorium zu übertragen, das aus dem Ministerpräsidenten Imredy, dem Kriegsminister Ratz und den Generalstabschef Werth gebildet werden soll. Das Parlament soll für die Dauer der Herrschaft mit dem Ermächtigungsgesetz nicht aufgelöst werden. Man will dadurch vermeiden, dass die Abgeordneten wegen des Ausfalles ihrer Diäten etwa Unzufriedenheit äußern. Das Parlament soll daher nur

durch den Reichsverweser suspendiert werden. Zur Kennzeichnung dieses Direktoriums kann gesagt werden, dass Imredy zweifellos praktisch der einzige ernste Faktor in diesem Direktorium sein würde. Ratz und Werth müssen als bloße Soldaten angesehen werden, die lediglich die ihnen aufgegebenen Befehle durchführen. Der Generalstabschef Werth äußerte sich dieser Tage dem ungarischen Abgeordneten Hubay gegenüber wörtlich folgendermaßen: „Mein oberster Kriegsherr ist Horthy. Horthy hat seine Regierung, zu der er Vertrauen hat. Heute hat er dieses Vertrauen zu Imredy, folglich diene ich mit allen Kräften dieser Regierung. Wenn Horthy morgen Euch ungarischen einsetzt, werde ich Euch dienen.“ Hierzu muß betont werden, dass Werth zurzeit der bolschewistischen Diktatur Bela Kuns in Szolnok als Divisionskommandant unter Bela Kun tätig war. Er hatte damals den Rang eines Oberstleutnant.

Als erste Massnahme der Diktatur Imredy ist geplant, alle führenden Persönlichkeiten der ungarischen und der Pfeilkreuzler sowie auch der Sozialdemokraten in Schutzhaft zu nehmen. Gleichzeitig sollen alle bisher bestehenden Parteien aufgelöst werden. Ferner sollen die Parteiblätter aller dieser Gruppen und Parteien soweit auch die Wochenzeitung der Pfeilkreuzler eingestellt werden. Ausserdem will die Regierung die Blätter des sogenannten Est-Konzern (Pesti Naplo, Az Est und Magyarorszag) einstellen. Diese Blätter sind vorwiegend jüdisch. Durch ihre Einstellung soll der Schein einer antisemitischen Tendenz gewahrt werden. Ausserdem haben diese Blätter die Regierung seit jeher sehr stark bekämpft. Zum Kapitel Pressepolitik ist noch zu bemerken, dass in Zukunft die Einflußnahme auf die Presse ganz beim Ministerpräsidium bleiben soll, nachdem sie bisher dem Propagandaamt unterstand, das der Staatssekretär Antal leitete. Diese Propagandaabteilung bleibt aber weiter bestehen. Sie gewinnt bei den neuen Plänen Imredys sogar erhöhte Bedeutung. Ihr Leiter ist ein gewisser Bela Kovrig, der ein bekanntes Mitglied der Katholischen Aktion in Ungarn ist.

Die Ernennung Kovrigs als eines kämpferischen politischen Katholiken gewinnt besondere Bedeutung im Hinblick auf die weiteren Pläne Imredys. Darnach will Imredy eine Einheitspartei bilden, die den Namen „Magyarische Front“ (siehe: Vaterländische Front) tragen soll. Diese Magyarische Front soll nun aus folgenden Gruppen sich zusammensetzen: 1.) die mittleren Gruppen und Kreis der jetzigen Regierungspartei, 2.) der rechte Flügel der Kleinlandwirtepartei (sogenannte Matolcsi-Gruppe), 3.) die Arbeitergruppen der Kirchengemeinden, 4.) die katholischen Landarbeiter-Jugendverbände, 5.) die katholischen Gesellenvereine, 6.) die katholischen Studentenverbindungen Emmericana und St. Stephan sowie 7.) die verschiedenen katholischen Organisationen wie Kirchenvereine, Herz Jesu-Vereine, Marienvereine und so weiter. Schon diese geplante Zusammensetzung zeigt ganz stark den überwiegend katholischen Einfluß. Nun soll diese neue Magyarische Front natürlich auch eine Schutztruppe haben. Hierzu soll in erster Linie der Verband der ungarischen Frontkämpfer herangezogen werden und zwar die unter der Führung des Grafen Takach-Tolvaj stehende Gruppe, die auch Juden aufnimmt, während die andere Gruppe der Frontkämpfer, die jüngere und kleiner, streng am Arierparagraphen festhält. Weiter sollen als Schutztruppe dienen die Freischärler, die seinerzeit den Aufstand im Burgenland durchführten und die auf ausdrücklichen Wunsch des Reichsverwesers schon vor kurzem bewaffnet und neuorganisiert worden waren. Die genannte Frontkämpfergruppe hat bereits in diesen Tagen von der Regierung Waffen und Handgranaten erhalten. Die Regierung Imredy verfolgt nun folgende Überlegung: die Armee ist unstreitig ganz überwiegend radikal-

nationalsozialistisch eingestellt. Die Armee wird nun aber mit der Besetzung des ehemals slowakischen Gebietes so vollauf beschäftigt sein, dass sie etwaige Putschpläne der radikalen Rechtsparteien nicht würde unterstützen können. Andererseits sollen die bewaffneten Frontkämpfer und Burgenländ. Freischärler einen etwaigen Putschversuch während der Befestigung des Heeres in der Slowakei niederschlagen können. Dies ist in großen Zügen der Plan Imredys, der hofft, auf diese Weise in etwa einem Jahre die Rechtsradikale Bewegung gänzlich zerschlagen zu können. In der Zwischenzeit will Imredy einige seiner sozialen Programmpunkte durchführen, um dadurch gleichzeitig den rechtsradikalen Gruppen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Imredy glaubt übrigens der Unterstützung der liberalen Kreise sicher zu sein, in der Annahme, dass diese eher die Diktatur Imredys mitmachen werden, als sich der Gefahr aussetzen, später einmal von einem nationalsozialistischen Regime vernichtet zu werden. In der letzten Zeit hat Imredy wiederholt Besprechungen mit dem Fürstenprimas Kardinal Seredy gehabt. Der katholische Einfluß auf die ganze geplante Entwicklung ist ganz offenkundig. Interessant ist in diesem Zusammenhange, dass am letzten Sonntag in Budapest in einer politischen Versammlung ein katholischer Pfarrer einen Appell an die sozialdemokratische Jugend richtete, sie möge sich der katholischen Arbeiterbewegung anschließen. Die sozialdemokratische Arbeiterjugend antwortete darauf, am 25. Oktober in dem Blatte „Nepszava“, dass sie grundsätzlich einer Zusammenarbeit mit der katholischen Arbeiterjugend zustimme, dass sie aber unabhängige Organisationen fordere und schärfste Bekämpfung der Pfeilkreuzler wünsche. Weiter ist interessant, dass das Amtsblatt des Fürstprimas Seredy neuerdings eine scharfe Campagne gegen alle nationalsozialistischen Bestrebungen in Ungarn führt und in diesem Zusammenhange der Regierung den Rat gibt, man solle die nationalsozialistischen Propagandisten endlich einmal entschieden auf den Mund schlagen. Was nun die Haltung der rechtsradikalen Gruppen (Hungaristen und so weiter) in dieser Lage anlangt, so ist die Führung dieser Gruppen der Meinung, dass sie im Augenblick angesichts der außenpolitischen Situation die Verantwortung eines inneren Umbruchs nicht tragen könne, da ein solcher Unbruch heute schon unter allen Umständen auch zum Sturz des Reichsverwesers führen müsste. Daraus könnten sich aber verhängnisvolle aussenpolitische Folgen ergeben, das heißt, es könnte die Rückgabe des oberungarischen Gebietes vielleicht sogar illusorisch werden. Das aber würde moralisch den nationalen Tod der rechtsradikalen Bewegung bedeuten. Zusammenfassend ist festzustellen, dass Imredy haargenau den gleichen Versuch macht, wie seinerzeit Dollfuss und Schuschnigg. Weiter ist als unbedingte Tatsache festzuhalten, dass der künftige Kurs Ungarns, wenn Imredy seine Pläne verwirklichen sollte, immer schärfer gegen Deutschland gehen würde und zwar unter Führung des politischen Katholizismus. Die Rechtsradikale Bewegung wiederum richtet sich schon jetzt auf passive Resistenz und wenn nötig auf wirtschaftliche Sabotage ein, wobei sie auf frühere Beispiele in der ungarischen Geschichte hinweist, in denen gerade die Taktik des passiven Kampfes mehrfach erfolgreich angewendet wurde. Im übrigen hofft und erwartet man, dass Deutschland einem solchen geplanten Imredy-Regime gegenüber zu wirtschaftlichen Druckmitteln greifen werde, mit deren Hilfe es verhältnismäßig sehr leicht sein würde – die Richtigkeit dieser Auffassung kann nur unterstrichen werden – Ungarn zu zwingen, die wirklich deutschfreundlich eingestellten rechtsradikalen Kreise, die auch weltanschaulich gleichgerichtet sind, an die Macht gelangen zu lassen.

Quelle: Institut für Zeitgeschichte in München. MA 70/1